



**UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN**

Universitätsbibliothek Paderborn

Namen, Nachrichten, Notizen

Universität Paderborn

Paderborn, Nr. 1.1980 - 15.1983

1. Leserbrief

urn:nbn:de:hbz:466:1-8593

Leider muß gespart werden, aber nicht koste es was es wolle.

Lieber Herr Hochschullehrer, Sie beklagen u.a. in der letzten Ausgabe der Hochschulzeitung, daß Sie sich von mir ein Auslandsferngespräch genehmigen lassen müssen und daß Sie privates Schreibzeug einsetzen, weil das Ihnen zustehende jährliche Kugelschreiberdeputat Ende August erschöpft war. Nachdem auch ich über diesen Artikel gelacht habe, möchte ich Ihnen sachlich antworten.

Zunächst möchte ich Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, daß der Hochschule allein für Fernmeldegebühren 245.000 DM (eine Viertelmillion) zur Verfügung stehen und daß auch dieser Betrag wie in den vergangenen Jahren nicht ausreicht? Ist Ihnen ferner bekannt, daß für Portokosten weitere 115.000 DM zur Verfügung stehen, die ebenfalls wie in den vergangenen Jahren unzureichend sind? Ist Ihnen bekannt, daß allein im Jahre 1979 156.000 DM aus Haushaltsmitteln, die zur Beschaffung von Geräten und Verbrauchsmaterialien für Forschung und Lehre bestimmt sind und für diesen Zweck dringend benötigt werden, zur Deckung des Telefonkostenfehlbetrages eingesetzt werden mußten? Und wissen Sie auch, daß zwar im Jahre 1980 der ursprünglich erwartete Fehlbetrag in Höhe von ca. 120.000 DM durch mehrfache Sparappelle der Verwaltung auf 86.000 DM gedrückt werden konnte, daß jedoch zur Deckung neben anderen Mitteln leider wieder 58.000 DM aus dem Bereich Forschung und Lehre für Post- und Fernmeldegebühren eingesetzt werden mußten?

Weil die Haushaltsmittel in den vergangenen Jahren niemals ausgereicht haben, wurden Regelungen getroffen, die geeignet erscheinen, kostendämmend zu wirken. So wurde beispielsweise die Gesprächsdauer bei Ferngesprächen begrenzt. Diese Maßnahme ist nun keinesfalls eine Paderborner Spezialität zur Verhinderung von Forschung und Lehre, sie ist vielmehr an den meisten Hochschulen eingeführt und, was Sie vielleicht auch nicht wissen,

durch die vom Finanzminister herausgegebenen Dienstananschlußvorschriften sind Zeitbegrenzungen für alle Landesbehörden vorgesehen.

Ferner wurde geregelt, daß das Führen von Auslandsferngesprächen, die Aufgabe von Telegrammen und der Versand von schweren Briefsendungen per Luftpost wegen der damit verbundenen höheren Kosten meiner vorherigen Zustimmung bedürfen.

Es ist mir deutlich, daß diese „Genehmigungspflicht“ keinen absolut durchschlagenden Erfolg mit sich bringt, denn aus langjähriger Erfahrung weiß ich, daß jeder Hochschullehrer die Notwendigkeiten der von ihm gewünschten Maßnahmen eingehend begründen kann. Ich bin aber überzeugt, daß durch diese Art Hemmschwelle wenigstens einige Hundertmarkscheine eingespart werden konnten.

Es ist mir ferner deutlich, daß man jede Regelung an Hand von Extrembeispielen ad absurdum führen kann. Mit Ihrem 69 Pfennig-Beispiel sind Sie auf dem besten Wege dahin. Es versteht sich doch wohl von selbst, daß mit restriktiven Maßnahmen gerade die teuren Gespräche eingeschränkt werden sollen und davon gibt es leider viel zu viel.

Zu Ihrer Freude werden Sie festgestellt haben, daß die Genehmigungspflicht für Ferngespräche in das benachbarte Ausland zwischenzeitlich aufgehoben worden ist. Ich bitte um Verständnis, daß in Zeiten, wo wir nicht wissen, wie die anfallenden Telefonkosten finanziert werden können, die Aufhebung restriktiver Maßnahmen nicht als vorrangig angesehen hatten.

Bezüglich des Gebrauchs bzw. Verbrauchs von Kugelschreibern haben Sie offenbar gewisse Probleme, die ich noch nicht erkannt habe. Es ist richtig, daß Kugelschreiber nicht in jeder gewünschten Menge ausgegeben werden. Das ist m.E. auch gar nicht erforderlich, da sich — wie ich aus eigener intensiver Schreibtischarbeit weiß — meist nur die Kugelschreiberminen verbrauchen, die je-

derzeit in der erforderlichen Menge ersetzt werden; der Kugelschreiber selbst jedoch hat erfahrungsgemäß eine längere Lebensdauer. Damit Sie aber keinesfalls in Ihren Forschungs- und Lehraktivitäten behindert werden, bin ich gern bereit, Ihnen bei Bedarf „aus dem mir zustehenden Kontingent“ gelegentlich einen Kugelschreiber abzugeben. Sollten Sie weitere Sorgen haben, so stehe ich Ihnen wie immer gern mit Rat und Tat zur Verfügung.

Eberhard Fuchs
Oberverwaltungsdirektor

Anmerkung der Redaktion:

Oberverwaltungsdirektor Fuchs steht zu seinen Sparappellen. Die von OVD Fuchs verteidigten Sparmaßnahmen sind relativ harmlos, dienen sie letztlich doch nur zu mehr Disziplin bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Bundespost.

Inzwischen weiß man: jetzt geht's ans Eingemachte! Es ist nicht mehr auszuschließen, daß im Haushalt 1981 Kürzungen im Sachmittelsektor vorgenommen werden, sicher ist aber schon, daß die Hochschule keinen Stellenzuwachs erfährt.

Überdies, Höhergruppierungen und Beförderungen sind nach dem Beschluß der Landesregierung vom 16.12.80 vorerst untersagt, für jede 2. freie oder 2. freiwerdende Stelle gilt eine Besetzungssperre von sechs Monaten.

Lehramtskandidaten schließlich sind ganz besonders betroffen, da die Aufnahmetermine in die Bezirksseminare kurzerhand verschoben wurden.

Es muß mit aller Gewalt gespart werden, das erst vor kurzem plötzlich und unerwartet entdeckte Milliardenloch erfordert es zwangsläufig. Und das bringt Härten. Wie meinte Kultusminister Girgensohn denn auch: Die Maßnahmen sind für die Betroffenen unangenehm, aber unvermeidlich.